

Sonderdruck aus:

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft
14 / 2007

Soziale Sicherheit und Frieden

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9
V&R unipress

V&R  unipress

Inhalt

Vorwort der Herausgeber	7
Editorial:	9

I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat	19
<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann	43
<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus	65
Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i>	89
<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf	103
Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123

**II. MUSICA PRO PACE –
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie«* 143

III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft
und Kultur, am 25. Oktober 2006* 153

Dieter Senghaas, Bremen
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück* 157

Roland Czada, Osnabrück
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung
im deutschen Wohlfahrtsstaat* 169

Hamideh Mohagheghi, Hannover:
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime
in Deutschland so schwierig?* 185

Alrun Niehage, Osnabrück
»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität 193

Rainer Werning, Köln
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel.* 209

IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren 224
Abbildungsnachweis 230

Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität
am 28. November 2006

<i>Dr. Ursula von der Leyen</i>	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
<i>Prof. Dr. Alrun Niehage</i>	Fachhochschule Osnabrück (Impuls-Statement zur Diskussion)
<i>Waltraud Luschny</i>	Leiterin NDR Studio Osnabrück – Gesprächsleitung

Waltraud Luschny: In Frankreich können wir den Versuch einer Mutter von vier Kindern beobachten, Staatspräsidentin zu werden. Ihr Siegeszug gegen starken männlichen Widerstand in der eigenen Partei und die Zustimmung, die sie bei der Bevölkerung in allen Umfragen erhält, findet europaweit Aufmerksamkeit, und zwar vor allem mit ihren Aussagen zu Themen ihres unmittelbaren Umfelds als Frau und Mutter. Sie greift das Soziale auf, die Situation der benachteiligten Schichten, und geht dabei ins Detail. Ihre Gegner werfen ihr deshalb vor, sie verliere sich im Kleinen, es fehle das große politische Konzept. Sie steht nur für die ›kleine Politik‹, erklärte mir eine französische Freundin, die sie deshalb nicht wählen wird. ›Gedöns‹ wurden die Politikfelder rund um Frauen und Familie bis vor kurzem auch bei uns in Deutschland genannt. Doch seitdem *Angela Merkel* Bundeskanzlerin ist und *Ursula von der Leyen* das Ressort »Familie, Senioren, Frauen und Jugend« leitet, sind vor allem gleichstellungs- und familienpolitische Fragestellungen mit einer Wucht nach vorne getreten, wie man das nur kennt bei Themen, die lange schon unter der Oberfläche darauf drängen, sich endlich entladen zu können. Geöffnet hat das Ventil Ursula von der Leyen. Sie ist damit zum ›Star‹ der Großen Koalition geworden und zu *der* Politikerin, die am schnellsten erstaunliche, praktische Resultate ihrer Politik vorweisen kann.

Das für ein Jahr gezahlte Elterngeld mit den zwei ›Vätermonaten‹, das es ab dem nächsten Jahr geben wird, ist dafür nur das prägnanteste Beispiel. Mindestens ebenso wichtig ist die bewußtseinsbildende Arbeit, die sie leistet, indem sie scheinbar unbeirrbar Wirtschaftsbosse und andere Protagonisten ›harter‹ Ressorts dazu bringt, sich mit Gleichstellungs- und Familienpolitik zu befassen. Heute wird sie das hier bei den Osnabrücker Friedensgesprächen tun.

Ursula von der Leyen: Im Augenblick leben fast 500 Millionen Menschen in Europa. Bis zum Jahr 2050 wird diese Zahl um rund 10 Millionen abnehmen. Das klingt nicht dramatisch, aber zu den Details dieses Prozesses gehört es, dass die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 15 und 65 Jahren um 50 Mio. abnehmen wird, während sich die Zahl der über 80-Jährigen verdreifachen wird, wenn sich an den Ausgangsdaten nichts ändert. Es stellt sich also die bange Frage, ob und wie diese kleinere Anzahl von Menschen im Stande sein wird, Verantwortung für die großen Aufgaben, die auf sie zukommen, zu tragen. Diesen *demografischen Wandel* haben seit etwa 30 Jahren alle Industriegesellschaften zu verzeichnen, die im Übergang zur Wissensgesellschaft stehen. In Deutschland hat diese Entwicklung allerdings sehr viel früher eingesetzt, und sie verläuft viel ›hartnäckiger‹.

Was waren die Ursachen dieser Entwicklung? Ich denke, maßgeblich hat uns ›Bildung‹ in das Dilemma gebracht: Seit den 1970er Jahren nehmen vermehrt auch junge Mädchen die Angebote der Bildungseinrichtungen wahr. 1970 lag der weibliche Anteil an Studierenden an den Universitäten erst bei 23%. Heute hat er 50% und mehr erreicht. Unter den Erstsemestern im Medizinstudium sind sogar 65% junge Frauen. Gleiches gilt für den Zugang zur Arbeitswelt: In dem Maße, wie der Bildungserwerb vermehrt jungen Frauen als Option angeboten worden ist, sind auch die Optionen für das Berufsleben erweitert worden. Zu Beginn der 1970er Jahre waren von den 25- bis 45-jährigen Frauen 47% erwerbstätig, heute sind es weit über 85%. Erwerbstätigkeit hat nicht nur die Frauen, sondern natürlich auch die jungen Mütter erfasst.

Auf diese Entwicklung haben die Gesellschaften unterschiedlich reagiert. Ein chinesisches Sprichwort sagt: ›Wenn der Wind des Wandels weht, dann bauen die einen Windmühlen und die anderen Mauern.‹ In vielen Bereichen bemühen wir uns, den Wind des globalen Wandels durch Windmühlen auszunutzen. Um die ›Familie‹ aber haben wir hohe Mauern errichtet, in der Hoffnung, dass dort alles beim Alten bleibt. Wir haben viel zu lange den Zugang von Frauen zu Bildung und zum Arbeitsmarkt begrüßt, dieselben Frauen aber zurück ins Heim und an den Herd beordert, sobald Kinder geboren wurden. Wir kennen die Worte ›Rabenmutter‹

und ›Heimchen am Herd‹. Wechselseitig hieß es: ›Nur die *erwerbstätige* Frau ist eine vollwertige Frau‹ oder: ›Nur die Mutter zu Hause ist eine gute Mutter‹. In dieser Frage wurde zu lange *polarisiert*, anstatt zu überlegen, wie wir in unserer modernen, herausfordernden Welt für junge Menschen den Rahmen schaffen können, dass sie ›Ja‹ zu Kindern sagen, ohne all ihre Perspektiven aufgeben zu müssen. Heute sind Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt 30 Jahre alt. Zu diesem Zeitpunkt ist die



Ursula von der Leyen

überwiegende Mehrzahl der Frauen ausgebildet und steht im Beruf. Natürlich fragen diese Frauen: ›Wie geht es denn mit mir im Beruf weiter, wenn das Kind geboren ist?‹ Sie wollen eine Perspektive, denn sie

haben eine Lebenszeit von weiteren 50 Jahren vor sich, und sie können sich nicht darauf verlassen, dass der Vater des Kindes oder Vater Staat für ihre Existenz aufkommen wird. Und selbstverständlich wollen sie ihre Fähigkeiten auch im Beruf ausüben.

Männer und Frauen sind in beruflichen Führungspositionen bis zum 30. Lebensjahr etwa zu gleichen Anteilen vertreten. In höherem Alter bricht der Anteil der Frauen hier auf 25% ein, und dies nur aus einem einzigen Grund: Weil sie das Beste tun, was dem Staat passieren kann; weil sie Kinder bekommen. Unsere Gesellschaft sendet viele Signale. Einerseits: ›Du musst für das Alter vorsorgen, mobil sein, Kompetenzen erwerben, am Arbeitsmarkt präsent bleiben‹. Andererseits heißt es: ›Stopp, wenn Du Kinder kriegst, dann nicht‹. So wird klar, warum viele junge Menschen zögern, Kinder zu bekommen.

Hier lohnt sich ein Vergleich mit anderen Ländern: In einigen – nicht in allen – europäischen Ländern verläuft der demografische Wandel, der Rückgang der Geburten, zum Teil gebremst, geht sogar zum Teil wieder deutlich in einen Anstieg der Geburtenraten über. Die betreffenden nord- und westeuropäischen Länder haben es verstanden, jungen Menschen, die

Verantwortung für Kinder übernehmen wollen, Zeit für Arbeit, aber auch verlässliche Zeit für Kindererziehung zu gewähren. Diese Verantwortung für Einkommen und Erziehung muss eine gemeinsame Angelegenheit von Frauen und Männern, von Müttern und Vätern, sein.

Aber: Mehr Männer als Frauen schließen in Deutschland in ihrem Leben Kinder grundsätzlich aus. In deutschen Väterstudien und Umfragen unter Vätern sagen zwei Drittel der Männer unter 44 Jahren, sie möchten in größerem Maß Erzieher ihrer Kinder sein. Aber 80% der jungen Männer sagen, wenn sie dies in ihrer Arbeitswelt thematisierten, müssten sie Hohn und Spott befürchten. Nur 17% der jungen Männer wollen Vater nach dem Vorbild ihres Vaters sein. Die übrigen möchten *mehr* Zeit für ihre Kinder haben. Diese Ergebnisse führen zur Frage nach der Grundhaltung unserer Gesellschaft. Sie war bisher offenbar nicht fähig und in der Lage, die Werte von Familien – Verantwortungsbereitschaft, Zusammenhalt, Vertrauen – mit den Rahmenbedingungen einer modernen, globalisierten Arbeitswelt zu vereinbaren.

Was tat man in den nord- und westeuropäischen Ländern, um den sinkenden Geburtenraten zu begegnen? Dort setzte eine systematische Politik ein, die von folgenden Grundtatsachen ausging: Junge Familien brauchen am Anfang, wenn die Kinder klein sind, die Einkommen klein sind und viele Bedürfnisse noch unerfüllt sind, zunächst ein *Einkommen*. Sie brauchen zweitens, gerade am Anfang, ein Netz der Unterstützung, damit sie nicht allein mit den Problemen dastehen. Und sie brauchen Zeit. Heute haben diese Länder erreicht, dass dort *mehr* Kinder geboren werden als bei uns, obwohl *mehr* Frauen und Männer erwerbstätig sind. Und wichtiger noch: Sie haben eine geringere Familienarmut. Die PISA-Studien zeigen, dass sich Länder wie Frankreich, die skandinavischen Länder, Großbritannien, Island keineswegs verstecken müssen: Bildung, eines der wichtigsten Güter, ist bei ihnen weit verbreitet. Wir in Deutschland müssen uns dagegen fragen, welche Rahmenbedingungen nötig sind, um im 21. Jahrhundert ›Familie leben‹ zu können.

Drei große Bausteine müssen wir als Gesellschaft, in der Politik, aber auch in unserem Denken realisieren. *Erstens*: Wir gewährleiten eine finanzielle Unterstützung von Eltern am Anfang – und zwar als eine Bundesangelegenheit. Dazu führen wir ab Januar 2007 das *Elterngeld* ein. Das Elterngeld ersetzt im ersten Lebensjahr des Kindes 67% des monatlichen Nettoeinkommens, maximal 1.800 Euro, und schafft damit ganz klar einen Schonraum, um sich Zeit zu nehmen für das Kind an dessen Lebensanfang. Und der Partner oder die Partnerin kann zwei weitere Monate das Elterngeld in Anspruch nehmen. Mann und Frau können diese Bezugszeiten auch anders aufteilen und gemeinsam 7 Monate nehmen. Diese Regelung rief für mich überraschende Reaktionen hervor. In der Presse las ich

Kommentare wie: »Zwang zur Windel«, »Pflichtdienst an der Wiege« oder: »Wollen Sie die Männer mit der Peitsche nach Hause zwingen?«

Dass das *freiwillige* Angebot des Staates an einen jungen Vater, der sich Zeit für sein Kind nehmen will, ihm das Einkommen zu ersetzen, solche Reaktionen hervorruft, zeigt eine tief sitzende Geringschätzung gegenüber dem Thema ›Erziehung‹. Kinder brauchen Mütter, aber ebenso brauchen sie starke Väter, die sich im Alltag kümmern. Kritische Stimmen aus der Wirtschaft »befürchten«, künftig würden mehr junge Männer Elternzeit nehmen. In der Tat, das könnte passieren. Das hätte vielleicht zur Folge, dass einer Gesellschaft, einer Arbeitswelt oder auch einer universitären Welt bewusst würde, dass Kinder kein Frauenproblem sind, sondern die gemeinsame Chance für Männer und Frauen. Aber nur wenn beide Geschlechter dieses auch konsequent leben und einfordern, kann daraus ein Modell für diese Gesellschaft werden.

Der *zweite* entscheidende Baustein einer modernen Familienpolitik ist ein flächendeckendes, flexibles, verlässliches Netz von *Kinderbetreuung* oder ›Lokalen Bündnissen für Familien‹ oder von ›Mehrgenerationenhäusern‹, wo Ort und Zeit für Kinder ist, die aus dem engen Bezugsverhältnis zu den Eltern herausgewachsen sind. Hier sind die nord- und westeuropäischen Länder schon sehr viel weiter. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass jedes dritte Kind in Deutschland bis zu seinem 5. Lebensjahr keine Geschwister hat, dann ergibt sich, dass diese Kinder den Kontakt zu anderen Kindern in anderen Räumen brauchen. Wenn wir uns vor Augen halten, dass jedes dritte Kind unter 6 Jahren in Deutschland einen Migrationshintergrund hat, dann ist klar, dass diese Kinder, um den Weg in die Gesellschaft zu schaffen, einen Raum brauchen, wo sie unkompliziert andere Kinder treffen. Was früher vielleicht einmal Dorfgemeinschaft oder Großfamilie leisteten, ist heute der Part der Spielgruppe, von Tagespflege, Kinderbetreuung, Kindertagesstätte oder Kindergarten. Es gilt, diese Räume ernst zu nehmen, sie nicht als ein Almosen des Staates an die Familien zu betrachten, sondern als Räume, in denen ein elementares Miteinander der Kinder geübt wird, wo Neugierde, Unternehmungs- und Entdeckergeist für Kinder erfahren und erfüllt, ertastet, erzankt, verhandelt und mit anderen versöhnt, immer wieder erlebt wird.

Richtig ist: die öffentlichen Mittel sind knapp. Aber infolge des Rückgangs der Geburten werden auch Mittel im gesamten Bildungsbereich frei. Die engagierten Bildungs- und Familienpolitiker in den Parlamenten der Kommune, des Kreises, im Landtag oder im Bundestag müssen darauf achten, dass dieses Geld nicht aus dem Bildungsbereich abgezogen wird, sondern hier verbleibt. Allein im Jahr 2008 sind dies 4 Mrd. Euro, die aufgrund schwindender Kinderzahlen vorausberechenbar nicht abgerufen werden. Bis zum Jahr 2020 wird sich dies auf 60 Mrd. Euro summieren.

Dies ist unsere Chance, nicht nur den Status zu halten, sondern die Qualität der Bildung zu verbessern für die geringere Zahl nachwachsender Kinder, die viel Verantwortung für uns werden übernehmen müssen. Die Sicherstellung der Kinderbetreuung ist nicht nur eine Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Sie ist auch entscheidend dafür, dass Kinder frühzeitig die Chance bekommen, Bildung zu erlangen und damit für ihr späteres Leben das Tor zur Chancengerechtigkeit zu öffnen.

Das *dritte* Handlungsfeld einer modernen Familienpolitik ist die Arbeitswelt. Alle anderen Bemühungen bleiben unvollkommen, wenn nicht unsere Arbeitswelt in ihren Strukturen und in ihrer Grundhaltung familienbewusst und damit kinderfreundlich wird. Noch blendet unsere Arbeitswelt systematisch die Frage nach ihrer Verantwortung für die Kindererziehung aus. Noch wird hier grundsätzlich das Thema ›Kind‹ als Privatproblem der Menschen angesehen, und junge Frauen werden weniger gefördert, denn sie könnten ja Kinder bekommen. Von hier ergeht weiterhin das Signal an junge Frauen: ›Wenn Ihr Karriere wollt, dann überlegt Euch, ob Ihr Kinder haben wollt‹. – Ich denke, es ist gut, dass Kinderlosigkeit in diesem Land kein Stigma mehr ist. Aber es ist fast eine Schande, dass Kinderlosigkeit zur Grundvoraussetzung für Karriere in diesem Land geworden ist. Deshalb liegt mir viel daran, Bausteine für eine familienbewusste Arbeitswelt zu entwickeln. Wir müssen der Wirtschaft klarmachen: Es sind vor allem die jungen Menschen, die bei der Suche nach Arbeitsplätzen flexibel sind. Sie gehen dorthin, wo sie arbeiten und mit ihren Kinder leben können. Unternehmen, die die Hälfte der Menschheit, die Frauen, ausblenden, verfügen über einen abnehmenden Pool an Talenten, aus dem sie schöpfen können.

Wie gesagt: 65% der Medizinstudierenden im ersten Semester sind junge Frauen. Nur wenig verändert gilt dieser Wert auch noch bei Studienabschluss und bis zur Promotion. Blickt man aber auf weitere berufliche Etappen, so muss man feststellen, dass heute in Deutschland nur jede zehnte C3-Professur in der Medizin von einer Frau besetzt ist und nur jede zwanzigste C4-Professur. Wo sind all die jungen Frauen geblieben? Der britische Botschafter bestätigte mir vor kurzem, dass man in England hoch erfreut über die zahlreichen jungen deutschen Medizinerinnen sei, die in englischen Kliniken arbeiteten. Auch in den skandinavischen Ländern freut man sich über Mediziner aus Deutschland. Die Beispiele zeigen, dass junge, gut ausgebildete Menschen im Ausland sehr gefragt sind. Wenn wir Talente im Land halten wollen, Innovationen wollen und vor allem die sozialen Kompetenzen halten wollen, die Kindererziehung mit sich bringt – Verantwortungsbereitschaft, Belastbarkeit, Flexibilität, Organisationsfähigkeit, Durchsetzungsfähigkeit, aber auch Delegations- und Nachgebensfähigkeit, gerade wenn man Teenager erzieht –, dann müssen wir uns

darum kümmern, dass man in Deutschland die Balance zwischen Beruf und Familie gut halten kann. Der Personalvorstand von Siemens bestätigte mir vor einiger Zeit, dass sein Unternehmen händeringend Ingenieurinnen und Ingenieure sucht. Bisher sei dem Thema ›familienbewusste Arbeitswelt‹ zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Seit das Unternehmen aber von jungen Ingenieurstudentinnen nach Programmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefragt werde, habe der Konzern die Zeichen der Zeit erkannt. Tatsächlich hat in den Unternehmen ein Umdenken begonnen. Man nimmt dieses Thema zunehmend ernst, zeigt Innovationsbereitschaft, Unternehmergeist und Experimentierfreude, weil man nicht morgen vom Markt abgehängt sein möchte. Familienpolitik bzw. familienbewusstes Handeln ist also alles andere als ein ›weiches Thema‹. Es ist ein unendlich wichtiges Thema für unsere Gesellschaft – vor allem aber auch ein ganz ›hartes‹ Standortthema für die Region, in der wir leben.

Waltraud Luschny: Was sich heute vor diesem Friedensgespräch beim öffentlichen Empfang im Friedenssaal des Rathauses ereignete, unterstreicht die Worte der Ministerin aufs Beste: Während der offiziellen Begrüßung durch den Oberbürgermeister und ihrer Antwort darauf begann plötzlich ein Baby zu schreien. Sie, Frau Ministerin, griffen dies erfreut als passendes Signal zum Thema des Abends auf, und diese Freude übertrug sich auf die Anwesenden. Die Babyrufe wurden nicht als Störung empfunden. Anders habe ich es erlebt, als ich vor 16 Jahren mit meiner neugeborenen Tochter an einer Pressekonferenz mit einem Bundespolitiker in Bonn teilnahm. Mein Kind saß mit unter den Journalisten und war mucksmäuschenstill. Der Politiker aber sah sich nicht in der Lage, angesichts des Kindes die Pressekonferenz zu beginnen ...

Alice Schwarzer lobte Sie als »die irritierendste Rollenbrecherin im Kabinett« und an anderer Stelle schrieb sie: »Wenn Ministerin von der Leyen wirklich den einjährigen Lohnersatz für Eltern inklusive der zwei Vätermomate durchbringen sollte, wird sie allein damit schon Frauengeschichte geschrieben haben«. Inzwischen ist das Elterngeld gesetzlich geregelt, und für viele ist es erstaunlich, dass es eine Politikerin der CDU ist, die das geschafft hat. Programme dieser Art hat man bisher eher bei den linken Parteien vermutet. Frau von der Leyen, wann ist Ihnen klar geworden, dass sich die Politik, auch die CDU-Politik, in diese Richtung entwickeln muss?

Ursula von der Leyen: Ich bin mit großem Schwung, Mut und Enthusiasmus in die Politik gegangen, und zwar zunächst in die Gesundheitspolitik, denn ich bin Ärztin. Vom ersten Tag an haben sich viele Kommentatoren daran gerieben, dass mein Mann und ich viele Kinder haben und insbe-

sondere daran, dass ich gleichzeitig nicht nur erwerbstätig, sondern darin auch erfolgreich bin. Nachdem ich dies anfänglich sehr auf mich persönlich bezogen habe, verstand ich nach einer Weile, dass diese Reaktionen auch das geistige Gesamtbild eines Landes spiegelten, das schon lange nicht mehr glaubt, Kinder gehörten mitten hinein ins Leben der Erwachsenen. Es gilt eben nicht als selbstverständlich, dass Kinder überall dazugehören und dass man versuchen kann, als Mann und Frau gemeinsam an der Verantwortung für Erziehung und Einkommen teilzuhaben. – Natürlich braucht es viele strukturelle Schritte und Veränderungen, damit das möglich wird.

Mir wurde bewusst, dass es gerade in der Union ungewöhnlich war, diese Gedanken voranzutreiben. Den größten Widerstand fand ich in meiner eigenen Generation, jener Altersgruppe, die gerade die Problematik, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, zu lösen versucht und dabei unterschiedliche Wege geht. Zuspruch erfahre ich, besonders auch in der Union, bei der älteren Generation. Da höre ich z.B.: »Meine Tochter ist 30 Jahre alt, und wir sind stolz auf sie«, denn sie ist Rechtsanwältin, Ärztin oder Bankkauffrau oder Apothekenhelferin, aber: »Sie hat leider keine Kinder, und wir wünschen uns Enkelkinder, und das ist so schwierig heute«.

Wir wollen nicht die Lebensentscheidungen von Menschen in irgendeiner Form in Frage stellen. Wenn aber junge Frauen heute alle Berufe ganz selbstverständlich ausfüllen – bis hin zur Bundeskanzlerin –, dann können wir nicht sagen: ›Wenn Ihr Kinder kriegt, dann müsst Ihr aufhören‹.

Ich möchte darüber hinaus klarmachen, dass dieses Land eine große Chance verspielt, wenn wir nicht der *Vaterrolle* viel mehr Raum geben, gerade vor dem Hintergrund, dass eine wachsende Zahl junger Männer Probleme hat, in diese differenzierte Rolle hineinzuwachsen. Die Teenagergeneration hadert mit der Frage: Was ist eigentlich die Rolle eines ›echten Kerls‹? Es sind nicht viele darunter, die sagen: ›Ich will später ein toller Vater sein und einen tollen Beruf haben‹. Viele betonen – besonders, wenn sie einen geringeren Bildungsgrad haben –: ›Ich möchte Herr im Hause sein, ich will bestimmen, wo es langgeht‹. Damit sind die jungen Frauen nicht mehr einverstanden, und sie drängen immer stärker in die männlichen Berufsfelder. Wir müssen deshalb meines Erachtens für die jungen Männer Möglichkeiten eröffnen, ihre Rolle in Feldern zu erweitern, die ihnen bisher eher verschlossen waren. Wir werden in Zukunft immer weniger Kinder haben, wenn ihre Erziehung allein eine Angelegenheit der Mütter ist, und wir werden in Zukunft keine gute Versorgung, Pflege der älteren Generation und Zuwendung am Lebensende haben, wenn dies alleine Angelegenheit der Töchter ist. Wir brauchen die Väter, wir brauchen die Söhne.

Wir brauchen natürlich auch eine mittlere Generation, die arbeiten kann, aber Fürsorge für die Kleinen und für die Alten muss eine gemeinsame Angelegenheit von Männern und Frauen werden.

Waltraud Luschny: Frau Ministerin, Sie haben vieles erreicht und sind erfolgreich, sicherlich auch gegen manche Widerstände. Gleichwohl hat man den Eindruck, dass die gesamte Partei von diesen Gedanken erfasst ist. Man kennt sie nicht wieder, die gute alte CDU: Vätermomente, Betreuungseinrichtungen für Unter-Dreijährige, Ganztagschulen. Es ist noch nicht lange her, da waren das Tabuthemen. *Kurt Biedenkopf* sagte beim letzten Friedensgespräch hier in Osnabrück: »Wie sehen die Schulen aus? Natürlich müssen das Ganztagschulen sein! Hört doch auf mit dem Geschrei über Ganztags- und Gesamtschulen!« – Es scheint, als habe man in der CDU nie etwas dagegen gehabt ...

Im neuen Grundsatzprogramm der CDU in Baden-Württemberg heißt es: »Familienarbeit kann nicht nur Aufgabe von Frauen sein, sondern muss auch von Männern viel stärker, als es bisher der Fall ist, als Aufgabe angenommen und übernommen werden.«

Was ist denn jetzt plötzlich passiert in Ihrer Partei?

Ursula von der Leyen: Es muss eine Partei oder eine Gruppe von Menschen verunsichern, wenn immerzu an ihren Grundfesten gerüttelt wird und Veränderungen gefordert werden. Meine Aufgabe als Familienministerin ist es, für viele Menschen im Land sowohl Ziele als auch dahin führende Wege aufzuzeigen. Mein Anliegen ist, die Werte von Familie im 21. Jahrhundert unter modernen Rahmenbedingungen zu konkretisieren: Ich fordere weder die Auflösung der Familie, noch die völlige Aufgabe all dessen, was gewesen ist. Das würde die Menschen zu Recht verunsichern. Wenn wir aber dafür sorgen wollen, dass einfache Dinge wie der Zusammenhalt der Generationen und die Verantwortungsbereitschaft für Kinder und Alte in der modernen Welt gelebt werden können, so müssen wir uns die Lebensumstände junger Menschen heute anschauen und überlegen, was zu tun ist, damit sie diese Werte künftig leben können. Das Verständnis dafür wächst und die Zahlen zeigen die Dringlichkeit: Von den wenigen Kindern, die geboren werden, hat jedes dritte unter 6 Jahren einen Migrationshintergrund – und das sind spannende, neugierige, vertrauensvolle, offene Kinder. Wir müssen aufpassen, dass diese Fähigkeiten nicht verkümmern, bevor sie überhaupt in der Schule sind. Und am Beginn ihrer Schulzeit ist wichtig, dass sie nicht sofort frustriert sind, wenn die Lehrer sie nicht verstehen können. Wir müssen ihnen das Tor zu ihren Begabungen und Möglichkeiten aufmachen. Das gleiche gilt für die andere Gruppe der Kinder, die in diesen ersten Jahren vor der Schule ohne Geschwister

aufwachsen. Ihnen den Raum zu schaffen, auch andere Kinder kennen zu lernen, ist ebenso wichtig.

Thema Ganztagschulen: Nachdem ich als Kind in Brüssel eine Ganztagschule besuchte, staunte ich, dass in Deutschland die Schule schon mittags endete und ein langer freier Nachmittag folgte. Als ich begann, Politik zu machen, wurde mir klar, wie weit wir im internationalen Vergleich damit zurück liegen und wie strittig das Thema bei uns diskutiert wurde. Ich habe nicht mehr den Ehrgeiz, zu diskutieren, ob wertegebundene Erziehung mit der Frage steht und fällt, ob es Halbtags- oder Ganztagschulen gibt. Wenn junge Eltern sagen: Mein Kind soll mittags zu Hause sein, sage ich: Das ist in Ordnung. Aber Sie müssen wissen, dass Sie dann niemals in Länder wie England, Frankreich, Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland, Island, die USA ziehen können, denn dort gibt es Ganztagschulen. Man hört keineswegs, dass die Kinder dort verwahrloster, ungebildeter, einsamer seien als bei uns. Die wertegebundene Erziehung der Kinder steht und fällt nicht mit dieser Frage, sondern mit der Zuwendung einer Gesellschaft zu Kindern und mit der Verantwortung und dem Vorbild, das Eltern für ihre Kinder täglich leben. Diese Zuwendung hängt aber auch davon ab, ob wir die Zeit am Tag dazu nutzen, dass Kinder etwas lernen, dass sie genügend Angebote erhalten und es kein Zufall ist, ob nachmittags Kunst, Musik, Sport, Hausaufgaben stattfinden oder nicht. Die 15-Jährigen, die die Hauptschulen besuchen, verbringen durchschnittlich mehr Zeit vor dem Bildschirm als im Klassenzimmer. Da müssen bei uns alle Alarmglocken läuten! Wenn Kinder Zugang zu Bildung haben sollen und die Umstände sind, wie sie heute sind, dann sollten wir ihnen einen Raum schaffen können, der ihnen gemeinsam gute Chancen bietet.

Waltraud Luschny: Ich möchte mit Ihnen noch über den Schutz von Kindern vor Verwahrlosung und Gewalt sprechen, aber auch darüber, was Frauenpolitik für Sie bedeutet, unabhängig von Familienpolitik. Es gibt erschreckende Studien über Gewalt gegen Frauen, die überall in Europa, aber auch bei uns stattfindet. Eine in Frankreich am letzten Wochenende anlässlich des Internationalen Tages zum Schutz von Frauen vor Gewalt veröffentlichte Studie besagt, dass dort an jedem dritten Tag eine Frau infolge von Gewalt in der Partnerschaft zu Tode kommt. Entsprechende Zahlen gibt es auch aus anderen Ländern. Der spanische Ministerpräsident *Zapatero* hat eine internationale Kampagne zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt ins Leben gerufen. Was sind Ihre Projekte in diesem Zusammenhang? Sie sind auch zuständig für Frauen.

Ursula von der Leyen: Senioren-, Jugend-, Familien- und Frauenpolitik sind eigenständige Bereiche meines Ministeriums. Sie sind z.T. eng miteinander verwoben. Die Partnermonate im Elterngeld z.B. sind ein starkes

gleichstellungspolitisches Instrument, werden aber vorrangig der Familienpolitik zugerechnet. In der Frauenpolitik ist es mir wichtig, das Thema Gleichstellung ernst zu nehmen. Damit ist Gleichstellung natürlich auch eine Frage der Gleichstellung der Männer. Zum Thema ›Gewalt gegen Frauen‹ habe ich als Sozialministerin in Niedersachsen Erfahrungen damit gesammelt, ein entsprechendes Problembewusstsein zu fördern und ein Netzwerk aufzubauen, das sich den Fragen widmet: ›Wie gehen wir mit häuslicher Gewalt gegen Frauen um?‹ oder mit häuslicher Gewalt insgesamt, denn ihre Opfer sind zu 95% Frauen und Kinder. Ähnlich wie in der Familienpolitik ist neben den politischen Instrumenten die gesellschaftliche Einstellung ganz entscheidend. Das Gewaltschutzgesetz hat mit seiner neuen Regel: ›Wer schlägt, muss gehen‹ einen deutlichen Paradigmenwechsel bewirkt. Schlägt jemand andere Personen in einer gemeinsamen Wohnung, so muss der Täter die Wohnung verlassen, nicht das Opfer, und darf innerhalb einer bestimmten Frist nicht zurückkehren. Die Symbolkraft, die von dieser Regelung für das Verhältnis von Täter und Opfer und den Schutzanspruch der letzteren ausgeht, ist enorm. Daneben ist es politisch nötig, enge Netzwerke der Hilfe in diesen kritischen Situationen aufzubauen. Ruft man die Polizei zu einem innerfamiliären Streitfall, so wird sie den Täter des Platzes verweisen. Zudem veranlasst die Polizei, dass sich erfahrene Frauen der Beratungsnetzwerke um das Opfer in seiner Wohnung kümmern, ihm pragmatisch Rat und Hilfe geben und es über die nächsten Schritte informieren, die nötig sind, um dem Teufelskreis von Abhängigkeit, Hilflosigkeit und Verzweiflung entkommen zu können.

Ein weiteres wichtiges frauenpolitisches Thema ist das *Prostitutionsgesetz*, das vor kurzem evaluiert worden ist. Wo sind Lücken in diesem Gesetz? Verbessert werden muss der Minderjährigenschutz vor Prostitution. Hier müssen wir konsequent gesetzgeberisch tätig werden, ebenso wie in der Frage der Einführung einer Strafbarkeit für Freier, wenn Tatbestände der Zwangsprostitution vorgelegen haben. Nach geltender Gesetzeslage macht sich der Freier einer zur Prostitution gezwungene Frau nicht strafbar, solange ihm nicht nachweisbar ist, dass er diesen Umstand hätte bemerken müssen. Dieser Rechtszustand ist nicht hinnehmbar.

Waltraud Luschny: Vielen Dank, Frau von der Leyen. Das Publikum wird sicher noch eine Reihe von Fragen an Sie haben. Dazu soll noch Gelegenheit sein. Zuvor dürfen wir uns freuen auf das Referat von Frau Professor Alrun Niehage.

Alrun Niehage: Meine Jugend habe ich in einer ostwestfälischen landwirtschaftlichen Mehrgenerationenfamilie verbracht. So bestätige ich gerne, dass das Zusammenleben und -arbeiten mehrerer Generationen und ver-

schiedener Menschen zum Verständnis füreinander, zu Toleranz, vielleicht auch Interesse an anderen Menschen nachhaltig positiv beiträgt. Allerdings ist der Preis hoch und das dürfte auch für die heutigen »Mehrgenerationenhäuser« (MGH) gelten. Es liest sich in einer Mitteilung des BMFSFJ vom 20. November 2006 wie ein modernes Märchen, was alles im MGH vereint ist: von der »Krabbelgruppe« über die »Leihoma« bis zum »Mittagstisch für Schulkinder«, vom »Computerkurs« bis zum »Wäscheservice«, denn man »kooperiert mit der lokalen Wirtschaft«. »Alle helfen sich gegenseitig«, »Jeder bringt seine Kompetenz ein«, und es wird das »angeboten, was die Menschen wirklich brauchen, weil Menschen oft nur einen Ort brauchen, an dem sie sich entfalten können«. »Freiwillige und Angestellte arbeiten auf Augenhöhe miteinander«.

Der Preis: Es wird viel Aufwand kosten, die Aktivitäten so zu koordinieren und abzustimmen, dass die unterschiedlichen Interessen Raum zur Entfaltung bekommen, dass man gerne dort hinget und dauerhaft dort seine Dienstleistungen und Produkte einkauft. Eine Großfamilie kann man wegen der komplexen Verflechtungen nicht so leicht verlassen wie ein MGH, das einem nicht mehr gefällt. Vergessen wir nicht, dass wir in einer Zeit leben, wo Bindung bzw. *commitment* nicht im Zeitgeist liegen.

Hochachtung, Frau Ministerin, dass Sie es geschafft haben, bis 2009 vom Bundestag eine Zusage von ca. 90 Mio. Euro für Ihr *Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser* zu erhalten. Kritische Stimmen weisen aber darauf hin, dass es auch vor den MGH bereits Begegnungszentren für Jugendliche, Mütter, ältere Menschen usw. gegeben hat. Es gibt in Osnabrück wie andernorts auch seit Jahrzehnten Jugend-, Frauen-, Mütter- und Familienberatungsstellen sowie Familienbildungsstätten, die erfolgreiche Arbeit leisten. Diese Einrichtungen bemühen sich mit niedrigschwelligen Angeboten, die Familien zu erreichen, die Unterstützung dringend brauchen, sich aber zurückziehen und kaum ansprechbar sind. Zu manchen dieser Familien haben sie durch dauerhafte Präsenz einen Draht gefunden. In diesen Einrichtungen hat man Sorge, dass die Finanzierung dieser Bildungs- und Beratungsstätten zukünftig nicht mehr gesichert sein wird.

Wenn dieses Risiko vermieden werden soll, muss das Personal in diesen Einrichtungen sich phasenweise darauf konzentrieren, interessante Projekte mit Kooperationspartnern zu planen, oder einen Förderantrag für ein MGH stellen, um dann unter 900 Bewerbungen bundesweit hoffentlich zu den 50 Erfolgreichen zu zählen, die Förderung erhalten. Dann kann die Umsetzung beginnen und die Finanzierung ist für wenige Jahre wieder gesichert. Berücksichtigen wir noch, dass die meisten Einrichtungen sowie so nur wenige hauptamtliche Kräfte haben, so ist der Aufwand zur Rekrutierung neuer Ideen heute sehr groß. Das muss zu Lasten kontinuierlicher Arbeit gehen.

Frau Ministerin, welchen zusätzlichen Wert sehen Sie in den MGHs, der diesen Preis lohnt? Beim Start des bundesweiten *Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser* beklagte Frau Ministerin von der Leyen, dass »Die Weitergabe von Erziehungswissen und Alltagskompetenz [...] heute oft verloren« gehe. Auch hierbei versprechen die MGH Abhilfe. Schön, wenn es dort partiell gelingen sollte. Aber das kann nicht ausreichen!

Wir wollen unser Land durch mehr Kinder zukunftsfähig machen. Für Familien braucht es deshalb bessere Rahmenbedingungen, damit sie in der Kinderbetreuung und bei der Bewältigung von Familien- und Erwerbsarbeit nicht mehr ganz alleine stehen. Dazu werden mehr Kinderbetreuungsplätze geschaffen, wird eine familienfreundlichere Arbeitszeit ausgehandelt werden und dazu werden zukünftig verstärkt haushaltsnahe Dienstleistungen eingekauft werden können. Alles Weitere ist dann aber doch Privatsache jeder einzelnen Familie! Nirgendwo hören oder lesen wir, dass mit Kindern in jedem Fall deutlich mehr Versorgungs- und Fürsorgearbeit – man kann es auch ›Hausarbeit‹ nennen – anfällt. Auch bei Vergabe von Kinderbetreuung, bei Mittagmahlzeiten in Kantinen, Schulmensen oder Vergabe der Wäsche verbleibt ein großer Teil der Aufgaben im Haushalt. Der Umfang der Arbeit steigt mit Kindern deutlich an, und ihre Erledigung wird zu einer großen Herausforderung. Nur wer das Haushaltsmanagement beherrscht, wird die Alltagsbewältigung ohne übermäßige Anstrengung erledigen können. Ich will keineswegs das Hohelied auf die nicht erwerbstätige Hausfrau singen, die in der Fürsorge für ihre Lieben ihre Erfüllung sieht. Die Entscheidung für oder gegen Erwerbsarbeit beider Elternteile muss jede Familie im Rahmen ihres Lebensmusters für sich treffen. Allzu oft verläuft die Lebensplanung durch Arbeitslosigkeit ohnehin anders, als man sich das wünscht! Nein, warum scheuen wir uns, das deutlich zu *thematisieren* und die Haushalts- und Familientätigkeit in der Weise darzustellen, wie es angemessen ist? Haushälterische Kompetenz – man kann auch ›Alltagsbewältigungskompetenz‹ sagen – sichert Lebensqualität. Dazu zählen das Grundlagenwissen über die Versorgung und Pflege der Familienangehörigen sowie die Erziehung der Kinder. Neben dem handwerklichen Rüstzeug zählt vor allem wirtschaftliches *know how* und das Organisationswissen dazu – man sollte es richtiger ›Managementwissen‹ nennen –, sowie die Fürsorge- und Beziehungsarbeit und das Vorleben von Werten. Schon wer einen kleinen Haushalt führt, muss das nötige Wissen irgendwo herbekommen. Immer häufiger ist es in den Familien nicht mehr existent.

Andererseits hat der Abiturient, der die Haushälterische Basiskompetenzen beherrscht, bessere Karten beim Wettbewerb um den begehrten WG-Platz. Die junge, allein erziehende Mutter, die große finanzielle und sonstige Zukunftssorgen hat, ist besser dran, wenn die Verpflegung und sonstige

Alltagsorganisation kein Problem ist. Junge Eltern, die typischerweise zu zweit weniger Wert auf gesunde Ernährung gelegt haben, wissen, wo man sich informieren kann, was Säuglinge benötigen. Ohne haushälterische Kenntnisse wäre *häusliche Pflege* in dem Umfang, wie sie heute geleistet wird, nicht denkbar. Wenn man arbeitslos geworden ist und die Lebensqualität durch Geldnot leidet, so lässt sich die zusätzlich vorhandene Zeit ›produktiver‹ in Hausarbeit investieren, als in anderes. Das hilft die Ausgaben enorm zu reduzieren. Nur wer hauswirtschaftliches Wissen hat, kann als ALG II-Empfänger wahrscheinlich überhaupt mit seinem Geld auskommen. Hat man die *Basiskompetenz* aber in der Jugend so selbstverständlich wie vieles andere mitbekommen, dann ist man auch im Fall von Armut besser aufgestellt.

Frau Ministerin, warum kann es nicht eine Allianz von moderner Familienpolitik mit der Bildungspolitik geben? Es gibt viele gute Vorschläge für eine lebensbegleitende haushälterische Bildung. Dazu braucht es nicht in der Schule von Anfang an neue Fächer und Inhalte. Intelligente Lösungen sind gefragt, die auch umgesetzt werden. In Niedersachsen und anderen Bundesländern gilt Hauswirtschaft als Mangelfach. Leider gibt es in diesem Bundesland seit Jahren nicht einmal eine adäquate Fachlehrerausbildung. Bestimmte Probleme bei Kindern nehmen rasant zu: z.B. Fehlernährung und Verschuldung. Das Zusammenleben und -wirtschaften von Familien in unserer Gesellschaft müsste viel stärker fächerübergreifend in Schulen und in unserem gesellschaftlichen Bewusstsein Platz greifen. In überregional verwendeten, aktuellen Schulbüchern für Zehnjährige liest man zur Thematik ›Arbeit‹ wenig Ermutigendes. Orientiert an der Lebenswelt der Kinder wird darin z.B. die Schulsekretärin mit ihrer Arbeit vorgestellt ebenso wie die Polizistin oder der Altenpfleger. Daneben findet Erwähnung, dass es »bezahlte« Arbeit und »ehrenamtliche« Tätigkeit gibt, die z.B. in Vereinen geleistet wird. Die *Hausarbeit* wird ebenfalls als etwas Unbezahltes erwähnt, das in der Familie arbeitsteilig erledigt werden muss, wobei offen bleibt, wo ihre Stellung zwischen Ehrenamt und vielleicht Schwarzarbeit ist. Welches Kind wird angesichts dessen die Vorstellung haben, dass dies eine wertvolle Arbeit ist?

Es braucht ein verändertes gesellschaftliches Bewusstsein, damit Hausarbeit als bedeutsame Arbeit verstanden wird, die der Humanvermögensbildung dient und ohne die die Gesellschaft keine Zukunft hat.

Wie mit der Kinder- und Jugendhilfepolitik geschehen, sollte auch die Familienpolitik auf neue Grundlagen gestellt werden. Bisher gibt es kein Familienförderungsgesetz, das es ermöglicht, auf Bundes- und Länderebene sowie auf kommunaler Ebene familienpolitische Maßnahmen durchzusetzen. Manch gute Idee scheitert heute an der mangelnden Umsetzbarkeit bzw. an dem Argument: ›Das ist schön und gut, aber nicht bezahlbar‹.

Der Frieden fängt Zuhause an, das kann man nicht deutlich genug machen. Familien brauchen dazu mehr denn je Unterstützung in Form von Bildungs- und Beratungsangeboten. Für die Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit ist mit dem Elterngeld schon vieles auf den Weg gebracht worden, andere Maßnahmen müssen folgen. Da dürfen wir die Familien, da darf die Politik sie nicht alleine lassen!

Publikum: Frau Ministerin von der Leyen, Ihr Frauen- bzw. Familienbild scheint weiterhin von einer ›vollständigen‹ Familie auszugehen. Wo bleiben in Ihrem Familienkonzept die Alleinerziehenden?

Einen weiteren kritischer Punkt: Kinder werden immer ›teurer‹, je älter sie werden. Das Elterngeld benachteiligt besonders Studierende mit Kindern, die zuvor mit dem Erziehungsgeld durchaus andere finanzielle Möglichkeiten hatten. Ältere Kinder machen besondere Sorgen, denn ab 14 Jahren gelten sie nicht mehr als Grund für den Erlass von Studiengebühren. Es gibt nicht wenige Frauen mit älteren Kindern, die gern studieren möchten und dann voll zur Kasse gebeten werden.

Ursula von der Leyen: Ich halte es für wichtig, und das möchte ich auch zum Vortrag von Frau Niehage sagen, polarisierende Grundhaltungen zu überwinden. Unsere Haltung sollte nicht sein, darüber zu reden, was *nicht* geht – wie es am Beginn des Plädoyers gegen die Mehrgenerationenhäuser der Fall war. In Deutschland gibt es 440 Mehrgenerationenhäuser. Sie stehen für ein Angebot, das niemand annehmen muss. Die Resonanz zeigt uns aber, dass die Menschen vor Ort das Angebot akzeptieren. Reizvoll ist der Grundgedanke, das, was vor Ort schon gut vorhanden ist, zusammenzuführen, so dass möglichst vier Generationen unter einem Dach Angebote finden. In der Familienpolitik haben wir zu lange Gräben zwischen bestimmten Familienbildern, zwischen Ein- und Zweiverdienerfamilien, aufgerissen, anstatt uns zu fragen: Wie kann jede Ebene ihre Verantwortung einbringen? Es ist wichtig, die Verantwortungsebenen in Land und Kommunen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern alle hinter dem Gedanken zu vereinen: ›Was können wir tun für Familien?‹ und ›Welche Chance können wir gemeinsam ergreifen, dieses weiterzuentwickeln?‹

Das Thema ›Alleinerziehende‹ ist für mich implizit in der Familienpolitik enthalten. Wohl wissend, dass Menschen und Familien durch alle Phasen gehen können, unterscheide ich nicht grundsätzlich Alleinerziehende von Elternpaaren, ebenso wenig Ein- oder Zweiverdienerfamilien. Es gibt die Einverdienerfamilie eine Zeit lang; sie wird irgendwann wieder zur Zweiverdienerfamilie. Scheidung und Trennung sind etwas, vor dem wir nicht die Augen verschließen können. Man darf diese Akteure unter keinen Umständen gegeneinander ausspielen. Unsere Haltung muss sein: Wer übernimmt eigentlich noch Verantwortung für Kinder? Das ist eine kleine

Gruppe in unserer Gesellschaft. Also fragen wir nicht, ob sie in der Situation gut oder schlecht handeln, ob sie einem theoretischen Bild entsprechen, sondern, wie wir ihnen in dieser Situation helfen können.

Zur Frage nach dem Elterngeld für Studenten: In der Tat, das Elterngeld gibt es für ein Jahr, das Erziehungsgeld gab es bisher für zwei Jahre, es hatte aber niedrige Einkommensgrenzen, im zweiten Jahr waren dies 16.500 Euro und weniger. Studenten profitieren vom Elterngeld, wenn sie neben dem Studium erwerbstätig sind – was bei einem Großteil der Studenten heute der Fall ist –, weil sie 67% ihres bisherigen Nettoeinkommens ersetzt bekommen.

Mehr noch:
Bei einem Einkommen unter 1.000 Euro bewirkt eine Komponente für Geringverdiener, dass sie einen höheren Prozentsatz als



Alrun Niehage, Waltraut Luschny, Ursula von der Leyen

Elterngeld ersetzt bekommen.

Thema *Rollenbilder*: Wenn wir die Art der Kindererziehung als etwas diese Gesellschaft Charakterisierendes ansehen, dann muss es eine Selbstverständlichkeit sein, die Rolle der Mutter ebenso ernst zu nehmen wie die Rolle des Vaters. Der dänische Familienminister erklärte mir, es sei dort inzwischen ein Statussymbol beruflich erfolgreicher Männer, zugleich aktiver Vater von drei oder vier Kindern zu sein. Dies ist die Folge einer langjährigen Gleichstellungspolitik, die das Thema ernsthaft bearbeitet, und es ist die Lehre aus Erfahrungen in Ländern, die seit zehn Jahren ein Elterngeld mit Partnermonaten haben, und wo etwa – wie in den skandinavischen Ländern – durchgehend 80% und mehr der jungen Väter Vaterzeit nehmen. Dort ist dies längst hoch akzeptiert: für uns mag das noch neu sein und erst in visionärer Ferne zu erreichen. Bei unseren Nachbarn im Norden sieht man aber nicht nur, dass eine solche Familienpolitik erfolgreich umgesetzt werden kann, sondern auch, dass sie dazu führt, dass mehr Kinder geboren werden und die Familien- und Kinderarmut geringer ist. Von Anfang an gilt dort die Maßgabe: Mann und Frau stehen auf eigenen Füßen, so dass sie, wenn es irgend geht, nicht in Abhängigkeit voneinander oder vom Staat geraten, denn zu den Widrigkeiten des Lebens kann es – neben Trennung und Scheidung – auch gehören, dass er arbeitslos wird. Dann kann sie, zumindest in einer gewissen Zeit, das Einkommen

der Familie abdecken. Diese Politik hat in den skandinavischen Nachbarländern auch dafür gesorgt, dass dort die Kinderarmut geringer ist, denn man hat konsequent darauf geachtet, dass Rollenbilder *Verantwortung* beinhalten, die beide Seiten gleichermaßen übernehmen.

Publikum: In Ihrem Vortrag, Frau von der Leyen, habe ich eine Äußerung zur steuerlichen Problematik des ›Ehegattensplitting‹ vermisst. Hier Änderungen herbeizuführen, ist möglicherweise nicht so einfach, denn Ehe und Familie stehen unter besonderem Schutz des Grundgesetzes. Die Bezeichnung von Alleinerziehenden als ›Familie‹ ist aber demnach unmöglich.

Auch darauf, dass die Steuervorteile beim Ehegattensplitting nicht das Vorhandensein von Kindern voraussetzen, wäre hier hinzuweisen, gerade auch im Sinn des angestrebten Vergleichs mit den Verhältnissen in Frankreich und Skandinavien.

Ursula von der Leyen: Das Ehegattensplitting hat seine eigene Geschichte. 1958 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass Ehepaaren keine steuerlichen Nachteile aus der gemeinsamen Steuerveranlagung und einem daraus folgenden, eventuell erhöhten Steuersatz entstehen dürften. Die Ehe sollte nicht durch die Besteuerung ›bestraft‹ bzw. die Ehepartner nicht schlechter gestellt werden als Unverheiratete. Damals war es der Normalfall, dass Paare heirateten und damit die Absicht verbunden war, Kinder zu bekommen. Hier hat der Wind des Wandels inzwischen für Veränderungen gesorgt. Meine Haltung ist – auch nach langer Diskussion mit erfahrenen Verfassungsrechtlern –, dass weiterhin die Ehe und die Tatsache des Heiratens – dahinter steht ja auch eine christliche Grundhaltung – nicht schlechter gestellt werden dürfen als die Nicht-Ehe. Da heute aber 25% der Kinder außerhalb einer Ehe leben, kann es nicht länger richtig sein, dies nicht zu berücksichtigen. Im Steuerrecht gilt der Grundsatz: Jeder soll nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden: Wer Kinder hat, hat dadurch höhere Ausgaben als ein kinderloser Steuerzahler. Es ist daher im Sinne der horizontalen Gerechtigkeit, wenn der Staat dieser Person weniger an Steuern abverlangt. Das Familienministerium bereitet gegenwärtig einen Gesetzesentwurf vor, um in das Ehegattensplitting eine Kinderkomponente einzuziehen.

Waltraud Luschny: Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Ihr Ministerium – das zu anderen Zeiten häufig im Schatten anderer Ressorts stand – mit den Zuständigkeiten, die darin enthalten sind, inzwischen im Zentrum der Politik angekommen ist, dann haben Sie, Frau Ministerin von der Leyen, diesen Beweis heute erbracht.